

Wirtschaftlicher Rückgang und Anstieg der Arbeitslosigkeit: LSAP fordert endlich Taten!

Seit Antritt der CSV-DP-Regierung ist die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 42% angestiegen. Luxemburg hat im Jahr 2002 im EU-Vergleich den relativ gesehen höchsten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Zum 31. Januar 2003 waren 7.537 Erwerbslose bei der Arbeitsmarktverwaltung eingeschrieben, was einer Arbeitslosenquote von 3,8% entspricht. Hinzu kommen 2.756 Menschen, die sich in einer zeitlich befristeten also prekären Beschäftigungsmaßnahme befinden, das sind fast 54% Zuwachs seit Regierungsbeginn dieser Koalition. Die Zahl der offenen Arbeitsstellen hat Anfang 2003 ein Rekordtief von ca. 450 Einheiten erreicht.

Die internationale Rezession hat Luxemburg wie die meisten anderen EU-Staaten stark getroffen: Mit 0,1% Wirtschaftswachstum im Jahre 2002 ist unser Land vom europäischen Spitzenreiter zum Schlusslicht abgerutscht.

Die Folgen dieser Entwicklung bekommen die Menschen nun zu spüren. Arbeitslosigkeit, massenhaft Konkurse, Sparmaßnahmen und Sozialpläne stehen an der Tagesordnung. Auch wenn die LSAP die externen Einflüsse auf diese Situation nicht verkennt, so muss sie doch feststellen, das die Regierung ihre nationalen Hausaufgaben nicht oder nur ungenügend gemacht hat.

Die jetzige CSV-DP-Regierung ruht sich seit nunmehr über 3 Jahren auf den Lorbeeren der erfolgreichen Wirtschaftspolitik und der hervorragenden Beschäftigungssituation der 90er Jahre aus. Außer Unmengen an Studien hat sie kaum konkrete Realisationen, Konzepte oder Strategien aufzuzeigen:

- Die wirtschaftliche Diversifizierungspolitik kam weitgehend zum Erlahmen. Anstatt die erfolgreiche Politik der Prospektierung nach Außen weiterzuführen, wurde sich vor allem auf den Ausbau der internen Kapazitäten verlassen.
- Anstatt den Staat zu modernisieren wurde die Bürokratie weiterhin ausgebaut; die Entscheidungsprozeduren wurden zunehmend langwieriger. Gleichzeitig hat man es jedoch verpasst die Arbeitsmarktverwaltung konsequent zu modernisieren und personell auf den rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit vorzubereiten.
- Der Mittelstand wurde vernachlässigt: der Anfang 1999 verabschiedete "Plan d'action PME" bleibt mangels Ausführungsbestimmungen weitgehend Makulatur.
- Die Tripartite droht wegen der fehlenden konkreten Vorschläge der Regierung zu einer simplen Plauderrunde zu werden, in der das Interesse von Regierung und Patronat wohl hauptsächlich in der Frage der Lohnmäßigung bestehen wird.

Die LSAP verlangt endlich Taten seitens der CSV-DP-Regierung. In diesem Sinne verweist der Kongress auf das am 2. Dezember 2002 von der LSAP-Fraktion veröffentlichte « 21-Punkte-Programm für eine Standortoffensive », sowie auf die parlamentarischen Vorschläge zur Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeitswelt, welche umgehend von der Regierung in die Realität umgesetzt werden müssen.

So verlangen die Sozialisten die schnellstmögliche Umsetzung folgender 12 vorrangiger Maßnahmen im Interesse einer Ankurbelung der Luxemburger Wirtschaft und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit:

1. Die konsequente Diversifizierung der nationalen Wirtschaft im Rahmen der Nachhaltigkeit und der Landesplanung. Im Bereich der neuen Technologien, der Umwelttechnologie und der erneuerbaren Energien müssen neue Betriebsgründungen gefördert werden. Die Biotechnologiebranche benötigt endlich einen legalen Kader. Die Umsetzung des „Plan d'action PME“ sowie des elektronischen Handels müssen schnellstmöglich gewährleistet werden. Zusätzlich muss die Regierung dem Handwerk, sowie der Geschäftswelt im Allgemeinen, neue Perspektiven in der Großregion erschließen.
2. Des Weiteren müssen konkrete, auch gesetzgeberische Initiativen auf dem Arbeitsmarkt ergriffen werden. Luxemburg darf die steigende Arbeitslosigkeit nicht als Fatalität akzeptieren, da sie zu einer Gefahr für die soziale Kohäsion unseres Landes wird. Was wir brauchen ist eine neue Mobilisierung, damit die Arbeitslosigkeit nicht weiter wächst, sondern reduziert werden kann. Hier spricht die LSAP sich u.a. für eine personelle Verstärkung der Arbeitsmarktverwaltung aus, damit sie sich wieder vorrangig auf die gezielte Vermittlung von Arbeitslosen und nicht auf deren simple Einschreibung konzentrieren kann. Des Weiteren fordert die LSAP die Regierung zur besseren Umsetzung der so genannten Beschäftigungsmaßnahmen auf.
3. Das PAN-Gesetz wurde leider all zu oft zu mehr Flexibilität und längeren Arbeitszeiten zum Nachteil der Beschäftigten missbraucht. Die angekündigte Revision des PAN-Gesetzes muss deshalb dringend genutzt werden um die Frage der Arbeitszeitgestaltung respektive der Arbeitszeitverkürzung aktiv anzugehen. Die Einführung der 35-Stunden-Woche für Arbeitnehmer die von Flexibilisierungsmaßnahmen bzw. von kollektiven Entlassungen betroffen sind sowie die Verallgemeinerung der 6. Urlaubswoche müssen auf die Tagesordnung. Diesbezüglich erinnert der Kongress an den Gesetzesvorschlag Krecké/Lux der schnellstmöglich umgesetzt werden muss. Die LSAP spricht sich für die Beibehaltung, und falls nötig für die Verbesserung der bestehenden Vorruhestandsregelungen aus. Was den Elternurlaub anbelangt, besteht die LSAP auf der Beibehaltung der aktuellen Dauer von 6 Monaten.
4. Des Weiteren muss die Regierung die Berufsausbildung im Handwerk konsequenter fördern. Es gilt einerseits das Handwerk wieder für Jugendliche attraktiv zu gestalten, andererseits aber auch Anreize zur Bereitstellung von Lehrplätzen zu schaffen. Die Vorschläge der Jungsozialisten betreffend einer Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe bzw. der Einführung einer Selbstständigkeitszulage sollen im Rahmen der Ausarbeitung des Wahlprogramms 2004 eingehend erörtert werden.
5. Die Jungunternehmer brauchen bessere Startbedingungen. Um die Unternehmerkultur zu fördern muss ein „Guichet unique“ her, das alle verwaltungstechnischen Schritte von Klein- und Mittelbetrieben aktiv begleitet. Ein radikaler Abbau von allen administrativen Hindernissen muss angestrebt werden.
6. Um neue Perspektiven für die Baubranche zu schaffen, müssen die Vorschläge der Sozialisten in Sachen Wohnraumbeschaffung umgesetzt werden. Des Weiteren fordern die Sozialisten die Schließung eines Finanzpaktes mit den Gemeinden um ihnen weiterhin die unerlässlichen Investitionen in ihre jeweiligen Infrastrukturen zu ermöglichen. Die dringend benötigten Investitionen in das öffentliche Verkehrsnetz hätten nicht nur positive Auswirkungen auf den Tiefbau sondern würde außerdem

das Verkehrschaos lösen helfen. Eine nicht gewährleistete Mobilität wird die Konjunktur zusätzlich bremsen.

7. Luxemburg darf den Anschluss an die Kommunikations- und Informationsgesellschaft nicht verpassen. Im Bereich der schnellen und performanten Datenbanken und Datenautobahnen hat Luxemburg einen enormen Nachholbedarf zu verzeichnen. E-Luxemburg muss endlich konsequent umgesetzt werden, damit wir nicht weiterhin den letzten Platz in der europäischen Statistik einnehmen.
8. Die Solidarwirtschaft hat durch Initiativen der Gewerkschaften, der Gemeinden und vielen gemeinnützlicher Organisationen eine ökonomische und arbeitsmarktpolitische Bedeutung erlangt. Die Regierung muss endlich ein Rahmengesetz zur legalen Absicherung und zur Förderung der Solidarwirtschaft vorlegen.
9. Als öffentlicher Arbeitgeber haben Staat und Gemeinden eine soziale Funktion, die nach dem Dafürhalten der LSAP Bestandteil ihres Aufgabengebietes ist. Durch eine aktive Beschäftigungspolitik, d.h. durch die Schaffung und Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich, respektive durch die Unterstützung gemeinnütziger Beschäftigungsinitiativen können Staat und Gemeinden dazu beitragen, dass die aktuelle Beschäftigungssituation mit de facto 11.000 Arbeitslosen sich nicht noch weiter verschlechtert. Die Privatwirtschaft kann diese soziale Aufgabe nur schwer erfüllen.
10. Ausserdem fordern die Sozialisten die Regierung dazu auf, sich eine Strategie zur Erhaltung der Arbeitsplätze am Finanzplatz zu geben. Schon jetzt stehen Umstrukturierungen, Schließungen und Personalabbau auf der Tagesordnung, ohne, dass dies die Regierung auch nur im Geringsten zu beunruhigen scheint. Da der Bankplatz eine starke Diversifizierung benötigt, muss schnell ein gesetzlicher Rahmen für neue innovative Instrumente geschaffen werden. Vor allem aber der Investmentfondsbereich muss intensiviert werden und es muss schneller seitens des Gesetzgebers gehandelt werden. Was die Beschäftigten dieses wichtigen Wirtschaftszweiges anbelangt, so müssen sie die Möglichkeit der Weiterbildung und gegebenenfalls auch der Umschulung erhalten.
11. Die LSAP fordert des Weiteren einen umfassenderen, horizontalen Ansatz zur Behebung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Entlohnung und beim Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt. Das Instrument der „Plan d'actions positives“ zur Gleichstellung von Frauen und Männern muss endlich gezielt gefördert werden. Gleichzeitig muss die Ganztagsbetreuung in all ihren Formen ausgebaut werden, um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie bestmöglich zu gewährleisten.
12. Für die Sozialisten besteht schliesslich kein Zweifel darin, dass eine performante öffentliche Schule auf sämtlichen Ebenen einer der wichtigsten Punkte einer gelungenen Arbeitsmarktpolitik darstellt. In diesem Kontext verweist die LSAP auf ihr Positionspapier „Bildung 21“, das umgehend in die Tat umgesetzt werden muss.

Einstimmig angenommen,
Echternach, den 23. März 2003